

Christa Wichterich

Download der Kosten

Krise des Sozialen und der Umwelt, Wachstum und der Rettungsstaat

Alle reden über die Finanzmarktkrise, die nun auf die Realwirtschaft durchschlägt. Doch die Systemkrise des Kapitalismus zeigt sich auch in einer tiefgehenden Krise der sozialen Reproduktion als Krise von Ernährung und Daseinsvorsorge und in der ökologischen Krise, exemplarisch in der Energieversorgung und dem Klimawandel.

Kapitalismus ist mehr als Finanzmarkt und Realwirtschaft. Kapitalistische Wertschöpfung funktioniert auf Grundlage eines Polsters von sozialer Regeneration, von überwiegend unbezahlt und von Frauen geleisteter Sorgearbeit und sozialer Sicherungsnetze einerseits und der regenerativen Kräfte der Natur andererseits. Doch beide Bereiche wertet der Kapitalismus als „unproduktiv“ ab, obwohl er sie ständig aneignet und ausbeutet.

Mehr noch: weil die Logik von Wachstum und Profitmachen darauf beruht, soziale und ökologische Kosten aus den Märkten an die Individuen, sozialen Zusammenhänge und die Natur zu verschieben, frisst der Kapitalismus ständig seine eigenen lebendigen Grundlagen und zerstört seine sozialen und natürlichen Ressourcen. Das Resultat sind Armut, soziale Unsicherheit, Hunger, Ressourcennot und Umweltkatastrophen. Jenseits der kriminellen Gier Einzelner zeigen Spekulationen mit Nahrungsmitteln und Pensionsfonds oder der Preiskrieg von Discounter in ihren transnationalen Wertschöpfungsketten wie Versorgung und Bedürfnisbefriedigung unter die Räder der finanz- und realwirtschaftlichen Konkurrenz- und Wachstumslogik geraten sind.

Zwar verlautbaren nun auch neoliberale Regierungen Kritik am Finanzkapitalismus und an der Renditegier. Doch die Maßnahmen zur Krisenbewältigung, die von den USA über die EU bis China ergriffen werden, brechen nicht mit der Logik der kapitalistischen Märkte. Im Gegenteil: der Staat handelt nun zu allererst als Rettungsstaat, um die Funktions- und Konkurrenzfähigkeit der nationalen Ökonomien zu erhalten. Er fördert die Wachstumspotentiale des Finanzmarkts und der Realwirtschaft und verschiebt Kosten und Risiken einmal mehr an die Gesellschaft und die Natur.

Die öffentliche Hand, die jahrelang mit dem Argument leerer Kassen Leistungen der Daseinsvorsorge gekürzt und mit ihrer Fiskal- und Deregulierungspolitik gesellschaftlichen Reichtum zugunsten des Kapitals umverteilt hat, verschenkt nun Milliarden an die Auslöser der Krise, Banken und Überproduktionsindustrien, und verteilt damit Kosten und Risiken von oben nach unten um.

Konjunktur- und Kaufkraftspritzen sollen Wachstum und Konsum ankurbeln und Jobs sichern. Dabei hat Konzernwachstum in den vergangenen Jahrzehnten mehr Beschäftigung durch Flexibilisierung, Prekarisierung und Stellenstreichungen gefährdet als neue geschaffen. Mithilfe von Freihandelsabkommen drängt die EU

derzeit Länder des Südens, einheimische Regulierungen abzubauen, um europäischen Konzernen neue Märkte und Verwertungschancen zu erschließen.

So wiederholt die Politik mit ihren Rettungspaketen den Widersinn des Kapitalismus. Sie setzt auf die Wachstumslogik - genau die Strategie, die immer wieder Krisen auslöst und Probleme des sozialen Bereichs wie auch Umweltzerstörung verschärft.

Um die Funktionslogik des Kapitalismus zu ändern, müssen Versorgung und Reproduktion von Gesellschaft und Natur den Vorrang vor Wirtschaftswachstum bekommen. Das ist nicht möglich ohne eine Umverteilung und Umbewertung von Produktions- wie Reproduktionsarbeit. Ob aber eine Demokratisierung von Arbeitsteilung und Wirtschaften eingeleitet wird, Kapitalinteressen zurückstecken müssen und die ökonomischen Spielregeln neu ausgehandelt werden, hängt davon ab, wie sehr sich soziale Kräfte mit Interessen an Existenzsicherheit, gutem Leben und Gerechtigkeit als Gegenmacht gegen Profitmaximierung formieren und den herrschenden Konsens des Wachstumsdogmas aufkündigen werden.